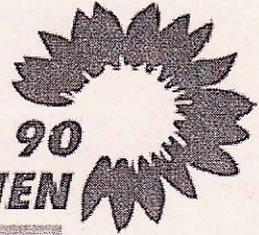


Stadt Braunschweig	
Referat Steuerungsamt	
Eing.	13. DEZ. 2011
Gesch.-Z.	1205
Anlagen	

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Änderungsantrag	Datum	Nummer
Öffentlich	13. Dez. 2011	2039/11
Absender Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Rathaus 38100 Braunschweig		
Adressat Oberbürgermeister Dr. Hoffmann Rathaus 38100 Braunschweig		
Gremium Rat	Sitzungstermin 13.12.2011	

Betreff

TOP 42.6 Wiederaufnahme der Planverfahren WE 60 und TH 21 (Bauvorhaben der Firma Eckert & Ziegler Nuclitec)

Der Rat der Stadt Braunschweig wird gebeten, die Punkte 1. und 2. unseres Antrags vom 29.11.2011 (Nummer 2009/11) in folgender neuer Fassung zu beschließen (Änderungen kursiv und unterstrichen) sowie einen neuen Punkt 3. einzufügen (die bisherigen Punkte 3. bis 5. werden dadurch zu den Punkten 4. bis 6.):

1. Planungsbeschluss WE 60

Stadtgebiet nördlich des Mittellandkanales, südwestlich der Ortslage Thune, südlich der Harxbütteler Straße

Es wird ein Planungsbeschluss zur Änderung von Teilen der Bebauungspläne TH 18 und WE 18 "Harxbütteler Straße-Süd", WE 60 gefasst mit dem Ziel, in diesem Bereich aufgrund der räumlichen Nähe zu bestehenden und zukünftigen Wohngebieten die benannten Flächen einer wohngebietsverträglicheren Nutzung zuzuführen und z. B. die Behandlung von Abfällen zurückzuführen und keine Ausweitung zuzulassen. Die Ausweisung des Industriegebietes soll entsprechend geändert werden.

2. Planungsbeschluss TH 21

Stadtgebiet nördlich des Mittellandkanales, südwestlich der Ortslage Thune, beiderseits des Gieselweges

Es wird ein Planungsbeschluss zur Änderung von Teilen der Bebauungspläne TH 18 und WE 18 "Gieselweg", TH 21 gefasst mit dem Ziel, in diesem Bereich aufgrund der räumlichen Nähe zu bestehenden und zukünftigen Wohngebieten die benannten Flächen einer wohngebietsverträglicheren Nutzung zuzuführen und z. B. die Behandlung von Abfällen zurückzuführen und keine Ausweitung zuzulassen. Die Ausweisung des Industriegebietes soll entsprechend geändert werden.

3. Die Flächen der beiden Bebauungspläne sollen hinsichtlich des Baurechtes einheitlich überplant werden, um die zukunftsfähige Entwicklung der Stadt zu sichern.

Begründung erfolgt mündlich.

Gez. Holger Herlitschke
Fraktionsvorsitzender

f.d.R. B. Schulze